

Schluss abgibt, sind bei gengen 3 Stimmenhaltungen förmliche Zustimmung.

Die des politischen Proletariat von Kadeberg ein überaus wichtiges Ereignis für die Gesamtheit der deutschen Arbeiterbewegung ist und zur Nachahmung herausfordert, so wichtig ist die Diskussion über die Frage der revolutionären Einheit im Kampf gegen Faschismus.

Die politische Entschliebung

Die Kommunistische Partei erklärt zu den Bedingungen beim politischen Proletariat und bei der Rundgebung auf dem Markt am Montag dem 26. 1. folgendes:

Wahr und mehr erkennen die Massen der arbeitenden Bevölkerung die zwingende Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus. Es bildet sich die Einheitsfront. Auch in Kadeberg haben sich in den letzten Tagen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf zusammengeschlossen. Eine solche einheitliche Front muß aber mit allen Konsequenzen gegen den Faschismus und auch gegen seine Helfer Front machen. Nur dann hat sie einen wirklichen Wert.

Die Kommunisten machen die Arbeiterchaft Kadebergs darauf aufmerksam, daß das bestehende sogenannte antifaschistische Kartell in Kadeberg sich als unzulässig gezeigt hat, den Kampf wirklich zu führen.

Die im Kartell stehenden SPD-Funktionäre, die Angehörigen der sogenannten Frontiergruppe unternehmen nichts, um den Kampfwillen der Arbeiterchaft zu heizen, den Einfluss des Kartells auszudehnen, die Schicht der unorganisierten Arbeiter zu erschließen und die Schichten des wertvollen Mittelstandes in die gemeinsame Front einzubeziehen.

Die im Kartell stehenden SPD-Funktionäre, die Angehörigen der sogenannten Frontiergruppe unternehmen nichts, um den Kampfwillen der Arbeiterchaft zu heizen, den Einfluss des Kartells auszudehnen, die Schicht der unorganisierten Arbeiter zu erschließen und die Schichten des wertvollen Mittelstandes in die gemeinsame Front einzubeziehen.

Sie werden sich gegen die Streikbewegung, gegen den wehrhaften Massenstreik und versuchen, die Vertreter der einzigen revolutionären Partei, der SPD, am Auftreten zu verhindern. So wollte Fabian den Referenten der SPD in der Rundgebung am Montag dem 26. d. M. nicht sprechen lassen. Weiter verlangte er von diesem Referenten, daß er die verdrängte Haltung der SPD-Führer nicht aufzeigen dürfe. Als der Referent alle Momente des Faschismus aufzeigte und auch darauf hinwies, daß der Staatapparat und die SPD-Führer den Faschismus unterstützen, verließen der Reichsbannerführer Schaar und Fabian, den Redner der SPD vom Tisch zu werfen.

Schaar forderte in dieser Rundgebung auf, den Faschismus nur mit gewaltigen Massen zu bekämpfen. Eine solche Auflockerung bedeutet die Wehrlosigkeit des Proletariats verhängen und die Massen dem Morbiter der Braunhorden ausliefern.

Fabian unterlag dem Arbeiter Niederruf gegen die Hungerregierung Brüning. Er erklärte verteidigte ausdrücklich die Polizei.

Das heißt die Regierung der Durchführung des Faschismus zu unterstützen, den Kampf gegen den Faschismus trocken.

Mit solchen Vertretern im Kartell, die von dem Brandier eine vollständig anerkannt und unterstützt werden, werden die Arbeiter nur in neue Niederlagen geführt.

Die Kommunisten würden sich eines Verdrehens an der Arbeiterchaft schuldig machen, wenn sie hierzu schweigen und ihren Klassenossen nicht aufzeigen würden, welchen Zweck die Fabian, Schaar und Eise verfolgen.

Dieses Kartell ist kein Kampfkartell gegen den Faschismus, sondern ein Bund von Spitzenfunktionären einer Anzahl Organisationen, die von den Fabian und Genossen gebildet wurde, um den wachsenden Kampfwillen der Arbeiter aufzulockern.

Unabhängige Arbeitermassen weiterhin unter dem Einfluss der Kapitalistenspolitik der SPD zu halten.

Die SPD, die eine wirkliche Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus erstrebt, die als einzige Partei den Kampf gegen den Faschismus konsequent führt, steht diesem Kartell mit dem schärfsten Misstrauen gegenüber. Sie warnt die Arbeiter davor, den Helfern der Brüning-Regierung Vertrauen zu schenken. Sie erklärt den Arbeitern:

Mit einem Fabian an der Spitze, der Mitglied einer Partei ist, der die Politik einer Partei vertritt, von deren Führern er in einer Betriebsversammlung des Sachverwerkes erklärte, daß die „verkappte Faschisten“ seien, kann man seinen Kampf gegen den Faschismus führen.

Die Arbeiterchaft muß sich deshalb die Garantien für die wirkliche Durchführung dieses Kampfes schaffen. Das erfordert vor allen Dingen:

1. Festere Fundamentierung des Kartells in den Betrieben, Ausschließung eines Kampfsprogramms ohne Beschließung und Vertragsunterzeichnung.

Die kommunistischen Vertreter erheben deshalb im Interesse der Arbeiter folgende Forderungen:

1. a) Sofortige Wahl von Vertretern der Arbeiter zum Kampfkartell in Betriebsversammlungen.
- b) Wahl von Vertretern in Stadtteilversammlungen, in Hausfrauenversammlungen, in Versammlungen der Gewerbetreibenden und der Kleinwerkbetreibenden.
- c) Eingruppierung von Vertretern der parteilosen und unorganisierten Arbeiter in einer den Verhältnissen entsprechenden Zahl.
2. Wahl einer neuen Zeitung des Kartells und revolutionären Arbeitern aller Richtungen, oppositionellen Sozialdemokraten, Parteilosen und Kommunisten.
3. Vorbereitung eines politischen Massenstreiks aller Betriebe zur Entfesselung der Faschisten aus den Betrieben.
4. Stärkste Kampfbekämpfung gegen das bürgerliche Kampfsprogramm gegen revolutionäre Arbeiter.
5. Zusammenbruch aller revolutionären Kampfsformationen im Kampfband gegen den Faschismus — Übergang des Reichsbanners in denselben unter Ausschaltung von Schaar.
6. Stärkung des Kampfbundes gegen den Faschismus unter Leitung revolutionärer Arbeiter.
7. Stärkste Kampfbekämpfung gegen die faschistische Hungerregierung Brüning — Vorbereitung des politischen Massenstreiks gegen die Hungerregierung.
8. Stärkste Kampfbekämpfung gegen den Faschisten und Organisierung des politischen Massenstreiks gegen den Faschisten.
9. Organisierung des Massenstreiks für Winterbeihilfe und Arbeitsbeschäftigungsprogramm für die Unversicherten.
10. Kampfbekämpfung gegen den Staatraub, sowie Lohn- und Gehaltsraub an Arbeitern, Angestellten, Beamten und Kleinwerkbetreibenden.
11. Kampfbekämpfung gegen die in der SPD-Presse getriebene Fuge gegen die Einheitsfront des Proletariats und die Wehrlosigkeit der revolutionären Arbeiter, die dort mit den Nazis getrieben werden.
12. Organisierung des wehrhaften Massenstreiks gegen den Faschismus. Willens Schwere und Gewandtheit gegen den faschistischen Terror, bei gleichzeitiger Wahrung der Einheit und Zusammenhalt gegen die verlogenen nationalsozialistische Demagogie.

Schaumburg raubt das Eigentum der hallischen Arbeiterschaft

Sozialfaschisten zertrümmern UAB Halle

Proleten, rechnet ab mit den faschistischen SPD-Führern, die eure Betriebe zerstören und euch ausplündern wollen!

Halle, 28. Januar.

Der Allgemeine Konsumverein Halle a. M. war heute genötigt, wegen Zahlungsstörungen seine Kassen zu schließen. Die Ursache dieser Zahlungsstörung war die Forderung der UAB auf sofortige Auszahlung der erst am 21. März 1931 fälligen Hypotheken von 400 000 Mark, zu deren Einzahlung die UAB Zwangsversteigerung androht, während gleichzeitig die von Sozialdemokraten geleitete Kreispartei des Sozialstreiks, die städtischen Werke und die Allgemeine Ortskrankenkasse die sofortige Einzahlung aller Rückstände unternehmen haben. Was aus der Verwaltung des UAB Halle mittelbar, wird sie zur Anwendung des von den Sozialfaschisten betriebenen Konsumes einen Vergleichsversuch androht.

In den Stürmen der kapitalistischen Krise hat die kommunistische Verwaltung des UAB Halle alles Menschensögliche versucht, um das von den Renegaten heruntergewirtschaftete Unternehmen der hallischen Arbeiterschaft zu erhalten und zu einer wirklichen Kampfbekämpfung der kämpfenden Arbeiterklasse zu machen, wie es im Mansfeld-Streit in beispielgebender Weise gelang.

So ungeheuer schwierig die Führung des Konsumes angesichts der allgemeinen Krise, die sich natürlich auch im Geschäftsgang eines Arbeiterunternehmens auswirken mußte, war — es wäre gefährlich gemeldet, wenn nicht die Sozialfaschisten alle ihre Kräfte darauf konzentriert hätten,

den roten Konsum, den sie nicht erobern konnten, dessen Mitglieder sich voll Beachtung von ihnen abwenden, mit den schändlichsten Mitteln zu zerstören.

Das Programm dieser Zerstörungsarbeit hat Herr Schaumburg, der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrates, in der ersten Verwaltungssitzung nach Eintritt der kommunistischen Leitung entwickelt, indem er erklärte:

„Wir werden den Kampf gegen die Kommunisten im Allgemeinen Konsumverein Halle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln führen, und wenn vom UAB auch nur ein Trümmerhaufen übrig bleiben sollte.“

Diesem Grundsatze gemäß haben die Sozialfaschisten gehandelt. In jedem privatkapitalistischen Betrieb sind sie für Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter, versuchen sie mit allen Mitteln, dem Kapitalismus über die Krise hinweg zu helfen. Im UAB Halle war ihre ganze Tätigkeit darauf gerichtet, die Kräfte zu verschärfen und dem Arbeiterunternehmen ihre Ueberwindung unmöglich zu machen. Jede Rationalisierungsmaßnahme, jeder Schritt zur besseren Ausnutzung des von den Renegaten viel zu breit ausgebauten zentralen Apparates wurde in der wirksamsten Weise bekämpft. Die hilflosen Mittel des Kon-

jums wurden mit allen Mitteln abgezogen; am Ende der Renegatenherrlichkeit durch Ueberweisung der zur Deckung der Sparguthaben bestimmten 400 000 Mark an die UAB — und später, als die Sozialfaschisten in der Verwaltung nichts mehr zu melden hatten, durch den Verkauf zur Massenabhebung aller Sparguthaben und zum Käuferstreit.

Als sie vor der Mitgliedschaft völlig erledigt waren und jede Hoffnung auf Eroberung der Mehrheit im Konsum aufgeben mußten, gaben die Sozialfaschisten ihren politischen Bankrott zu durch die Parole des Massenaustritts, der auch nicht der zehnte Teil der Mitglieder folgte, und mit der Neugründung eines eigenen Ladens, zu dem sie selbst von ihren Anhängern nur eine kleine Minorität gewinnen konnten.

Nun, nachdem das alles mißlungen, nachdem alle politischen Maßnahmen verjagt haben, haben die Sozialfaschisten zur einfachen mechanischen Zerstörung des Arbeiterkonsums gegriffen, so wie die Faschisten in Italien die roten Genossenschaften mit Petroleum übergoßen und niederbrannten.

Wie auf einen Schlag haben sämtliche von Sozialdemokraten geleiteten Organisationen und lokalen Stellen, die Forderungen an den UAB haben, diese Forderungen, obwohl Deckung vorhanden, vorzeitig eingetriben, und die Maßnahmen ergriffen, um das Eigentum der hallischen Arbeiterschaft zur Zwangsversteigerung zu treiben, um es für einen Pappenstil an sich zu bringen.

Zuletzt hat die UAB mit der Einziehung der 400 000-Mark-Forderung, deren Abzahlung am 21. März gefordert war, die Zahlungsstörung herbeigeführt. Und dieselben Herrschaften, die ihre ganze Kraft einsetzten, um den hallischen Konsum zu zerstören, werden nun die Schuld für ihr Zerstörungswerk der kommunistischen Verwaltung zuschieben können.

Auch dieses schändliche Spiel wird ihnen nicht gelingen. Alle denkenden Arbeiter werden es verhindern:

Die Schwierigkeiten des UAB Halle sind die Folge der faschistischen Zerstörungsmethoden der SPD gegen das Arbeiterunternehmen, dessen Existenz, dessen aktive Hilfe für die Mansfeld-Kämpfe ihr ein Dorn im Auge war.

Überall wird sich der Sturm der Massenempörung erheben gegen die Sozialfaschisten, die das Eigentum der hallischen Arbeiterschaft stehlen, die Mitglieder und Sparte des UAB Halle ausplündern wollen — überall werden die faschistischen Genossenschaftler von der Arbeiterschaft die Antwort bekommen, die sie verdienen.

Statt Arbeitsbeschaffung Millionen für Aufrüstungen

Die Nazis toledern an der Spitze der Subventionsagenten

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom Dienstag wurde der Verlehrsatz zum Ubbilich gebracht. Bei dem Kapitel Luftfahrt richtete Genosse Lorenz in unerbittlicher Schärfe einen Angriff gegen das Reichsverkehrsministerium. Während in allen anderen Etagen bei den Sozialdemokraten weitgehende Abträge vorgenommen werden, wirft das Reich

Millionensummen für die Aufrüstung aus. Die Luftbahn erhält wieder über 18 Millionen Mark an Subventionen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Mittel für militärische Rüstungen Verwendung finden. Den Nationalsozialisten genügt die eingeleitete Summe noch nicht. Sie beantragen sogar beim Volken Flugzeuge, Motorenentwicklung eine Erhöhung von 1,2 auf 2,3 Millionen Mark. Die Sozialdemokraten hatten unerhebliche Abträge bei einzelnen Positionen beantragt. Alle anderen Parteien sprachen sich für

Zolles Höring-Stüchchen

Reichsbanner und Nazis in einer Rahmenorganisation

In der Pfalz bilden Nazi- und Stahlhelmführer bewaffnete Bauern- und Einwohnerwehren, um den schärfsten Kampf gegen den Kommunismus zu führen. Die reaktionäre bayrische Regierung unterstützt die Bildung der faschistischen bewaffneten Terrororganisationen und dirigiert diese Rahmenorganisation bewaffneter Verbände.

Jetzt hat sich auch das Pfälzer Reichsbanner und die SPD der Selbstregierung für diese Organisation gegen den Kommunismus angeboten. Die „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Januar meldet wörtlich:

„Von den Kriegern und Militärvertretern der Wehrpflicht werden zur Zeit Organisationen ins Leben gerufen, die sich wie sie nennen, die Abwehr der Kommunisten zum Ziele haben. Diese Organisationen, die unter dem Namen Wehrmacht, Bürgerwehr, Wehrdienst und auch Wehrpflichtige Wehrkräfte ins Leben gerufen werden, behaupten, daß sie auch von der Wehr Regierung unterstützt werden. Die republikanischen Verbände haben sich bei der Sprengung Regierung erboten, wie es mit dieser Unterstützung durch die Regierung habe. Es wurde ihnen die Auskunft erteilt, daß die Regierung für jede Unterstützung, die zur Wehrpflichtigen der Ruhe und Ordnung dient, dankbar sei. Demnach haben das Reichsbanner und auch die Sozialdemokratische Partei ihre Organisationen angeboten. Das Angebot wurde angenommen.“

Die Führer des Reichsbanners und der SPD gliedern sich also ein in diese Rahmenorganisation, in der Nazis und Stahlhelmer die Höring-Kolle spielen. Sie lassen zum Kampf gegen den Kommunismus, d. h. gegen das wertvolle Volk, das sich gegen die kapitalistische Unterdrückung wehrt. Da wollen die SPD-Führer auch dabei sein. Werden die Gelingen, Lang Gehen und Genossen auch auf diese ungewöhnlichen Taten und Taten achten?

Die Bewilligung der Mittel aus. Der Antrag der Kommunisten auf Streichung aller Subventionen wurde von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Nicht so freigiebig und bewilligungsfreudig zeigte sich der Ausschuss beim Kapitel Binnenwasserstraßen, obwohl hier große Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung bestehen, wurden sämtliche Abträge an diesen Positionen vorgenommen. Anträge der Kommunisten auf Erhöhung der Mittel für den Mittel-Landkanal auf 30 Millionen, für die Neuanlegung von 7 Millionen für den Südbügel des Mittel-Landkanals, von 10 Millionen für den Nassen-Rhein-Kanal wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Des weiteren wurden abgelehnt die Anträge der Kommunisten, die Mittel zur Bekämpfung der Hochwassergefahren der jetzt eingetretenen Katastrophe als fortwährende Ausgaben von 200 000 auf 5 Millionen Mark zu erhöhen und bei den einmaligen Ausgaben 10 Millionen dafür einzusetzen.

Behaltsträuber!

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Störern fanden im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen im Gehaltskonflikt der Angestellten des Reiches und der preußischen Staatsverwaltung statt. Es wurde mit Zustimmung der Tarifgemeinschaften eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die Gehälter für die Monate Februar und März um 5 Prozent und für die Zeit ab 1. April 1931 um 6 Prozent gefügt werden.

Roter Streikflug in Solingen

In Solingen haben die Arbeiter der Firma Weid und Söhne 14 Tage lang unter Führung des roten Metallarbeiterverbandes im Streik. Die Firma möchte mit dem roten Metallarbeiter-Verband verhandeln und hat am 24. Januar die Forderungen der Arbeiter annehmen müssen. In der getroffenen Vereinbarung wird bestimmt, daß alle Arbeiter wieder eingestellt werden müssen, ferner werden Löhne festgelegt, die bis zu 22. Februar 1931 betragen. Außerdem verpflichtet sich die Firma, den Lohnsatz von 6 Prozent, bei in dem verbleiblich erlitten und von der kapitalistischen Gewerkschaftsleitung unterhaltenen Schlichtungsprozeß für den Tarifgebiet festgelegt ist, nicht durchzuführen. Allen Arbeitern wird ein 60-tägiger Urlaub mit einer Bezahlung von einem 60-Stunden-Verdienst garantiert, obwohl die kapitalistischen Streikbeschäftigten im Rahmen der weitestgehenden Beziehungen festgelegt haben. Auch die Firma G. Brown hat die von der Metallgesellschaft gestellten Forderungen bewilligt.

Dieser Streik ist ein Beweis dafür, daß die Metallarbeiter, wenn sie viel und geschlossen unter Führung der RGO kämpfen, die Kapitalisten geschlagen können.